

# GÖTTINGER BLÄTTER

06.2020

Herausgeber: Die LINKE. ☆ Rotes Zentrum e.V. ☆ DKP ☆ FG BRD-Cuba ☆ VVN/BDA ☆ GROBIAN ☆ Göttinger Linke

ADLER AG vernichtet bezahlbaren Wohnraum:

## ► Sanierung in Grone beginnt mit Paukenschlag!

Die Sanierungs- und Modernisierungsarbeiten der ADLER AG, die inzwischen unter dem Namen ADLER/ADO AG firmiert, haben mit einem Paukenschlag begonnen: Die Mieter\*innen in der Häusern Elmweg 11 und 13 sowie Deisterstraße 23 und 25 haben am 29. April eine „Modernisierungsankündigung“ erhalten: ADLER schöpft den gesetzlichen Rahmen komplett aus; die Mieten werden um 2,00 Euro/qm steigen.

Das „Pikante“: Die ADLER AG sitzt mit anderen kommerziellen und gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften sowie der Stadt Göttingen im sog. „Bündnis für bezahlbaren Wohnraum“ und vernichtet erst einmal die ersten 120 Wohnungen, die zumeist noch im unteren Bereich des „bezahlbaren Wohnraumes“ liegen!

Die Preise für Modernisierungsarbeiten, die jetzt angekündigt sind, weisen Kostensteigerungen um mehrere 100 % im Vergleich zu den vor zwei Jahren vorgelegten Baukosten aus. Dies – so wird vermutet – kann nicht nur an den in dieser Zeit gestiegenen Baukosten liegen.

Die Mieterhöhung macht bei der Mehrheit der Wohnungen mehr als 30 % aus und wird für viele Bewohner\*innen bedeuten, dass sie anschließend auch weit mehr als 30 % ihres Einkommens für diese Miete aufwenden müssen. (mehr dazu auf der Seite von GROBIAN)

Neben dem in Grone aktiven Verein „IN Grone“ und der Mieter\*inneninitiative haben nun auch die SPD, aber auch die Verwaltung gemerkt, dass da etwas „schief“ läuft: Die Verwaltung ist inzwischen aktiv geworden, indem sie die Bezieher\*innen

von Kosten der Unterkunft (KdU) von sich aus anschreibt und berät. Die SPD, die im vergangenen Jahr – trotz mehrfacher Warnungen - das „Schiefe im Ortsrat und im Rat der Stadt“ mitverabschiedet hat, stellte nun am 16.5. einen „Dringlichkeitsantrag“ mit dem tollen Inhalt, dass jetzt sofort die Planungsstelle zur Unterstützung von Mieterinitiativen (angesiedelt bei der AWO, deren Chef einer der SPD-Matadoren in Göttingen ist) aktiv werden solle (gs). (Mehr dazu auf der Seite der Göttinger Linke).

Zu genau diesem Thema erreichte folgende, leicht gekürzte Stellungnahme eines Lesers der Göttinger Blätter, die wir gern dokumentieren:

*[...] es verlockt mich doch zu sehr, mich noch einmal einzumischen in die Debatte um die Haltung zur SPD.*

*Ist es nicht ein billiger Taschenspielertrick, erst Fakten zu schaffen und Adler über den grünen Klee zu loben und seinen Interessen nachzukommen. Und dann, wenn sich erste Wirkungen dieser*



*„investorengerechten“ Politik zeigen und eine Wahl droht, zu jammern und zu wehklagen, das alle hätte man ja so gar nicht gewollt, man sei bitter enttäuscht.*

### im Internet

[https://www.goettinger-linke.de/goeblae\\_2019.php](https://www.goettinger-linke.de/goeblae_2019.php)

### Kontakt

POST: Göttinger Blätter  
Lange Geismarstraße 2  
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen  
Telefon: 0551/67065

### Inhalt

Sanierung in Grone	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Kreisverband	7
Die LINKE. im Kreistag	8
Rotes Zentrum e.V.	9
Göttinger Linke	10
GöLinke Ratsinfo	11
Aktionen trotz Corona	12

### Redaktionsschluss

für die Ausgabe 07/08.2020  
ist der 19. Juni.  
Auslieferung am 25. Juni.

*Ich stelle die Frage, ob der SPD-Fraktionsführer im Rat der Stadt so naiv ist, dass er nicht weiß, welche Interessen und Vorgehensweisen Investoren pflegen, dann sollte man ihm eine Nachhilfestunde anbieten. Oder er heuchelt und hält Mieter und Wähler für blöd, dass sie auf solch eine billigen Trick mit der Tränendrüse hereinfallen. Wollen die Leute von solchen Leuten regiert werden?*

*Nun soll es eine Rechtsberatung im NBZ Grone geben: Gibt es irgendwo einem Hinweis, dass die Sozialdezernentin Frau Broistedt ihre Meinung gegenüber dem, was sie dem Ortsrat Grone vor Monaten geantwortet hat, geändert hat? Nimmt sie ihre damalige Stellungnahme zurück oder verweist sie auf*

*die schon vorhandene Rechtsberatung im NBZ? [...]*

**(...) Fortsetzung auf Seite 5**



## Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: [www.goettingen.vvn-bda.de](http://www.goettingen.vvn-bda.de) • Email: [vvn-goettingen@secarts.org](mailto:vvn-goettingen@secarts.org)

### Der 8. Mai – 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

**Auch dieses Jahr fand eine kleine Gedenkveranstaltung am 8. Mai 2020 in Göttingen anlässlich des 75. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus statt. Gemeinsam mit Vertretern linker Parteien, antifaschistischer Initiativen, der Gewerkschaften und weiterer Bündnispartner versammelte man sich – die in Corona-Zeiten notwendigen Abstandsregeln einhaltend – am Gedenkstein an der Stadtbibliothek. Nachfolgend dokumentieren wir (in Auszügen) den dort gehaltenen Redebeitrag unserer VVN-BdA:**

#### *Liebe Kameradinnen und Kameraden,*

ich begrüße euch im Namen des Kreisverbands der VVN-BdA. Auch in diesen Zeiten einer weltweiten Pandemie mit schwerwiegenden Folgen für die Gesundheit und das Leben vieler Menschen. Aus diesem Grund werden wir hier strikt die sinnvollen Maßnahmen zum Schutz von Leben und Gesundheit beachten.

Beachtet haben wir aber auch das Kanzlerwort, die aktuelle Krise sei die größte Herausforderung seit dem 2. Weltkrieg. Was wurde da gesagt? Der 2. Weltkrieg war eine „Herausforderung“? Ja, sie sagte „seit dem 2. Weltkrieg“; sie sagte nicht „seit der Nachkriegszeit“. So wird getrommelt und angespielt, das Coronavirus plötzlich in den Zusammenhang drohender neuer Gelüste gestellt.

Der AfD-Vorsitzende Gauland wiederum spricht sich gegen den 8. Mai als Feiertag aus.

Das überrascht nicht. Er erklärt dazu aber unter anderem, der 8. Mai sei ein Tag des Verlustes von Gestaltungsmöglichkeiten gewesen. Gestaltungsmöglichkeiten? Was will Gauland gestalten? Was wurde vorher „gestaltet“? Die fabrikmäßige Menschenvernichtung? Der Weltkrieg? Auch für diese Äußerung wird Gauland in diesem Land vermutlich wieder nicht bestraft werden.

In diesem Jahr jährt sich zum 75. Mal das Kriegsende, die Befreiung durch die Anti-Hitler-Koalition, durch die Partisaninnen und Partisanen und die heldenhaften Kämpfer in Ghettos und Konzentrationslagern. Ihnen gilt unser Dank.

Millionen Menschen starben, die meisten aus den Völkern der Sowjetunion. Millionen wurden zur Zwangsarbeit verschleppt, verstümmelt oder im KZ

vergast. Auch viele Überlebende trugen einen lebenslangen Schaden davon. Ihnen allen gilt unserer Andenken.

Dabei wissen wir, dass Hitler, als Synonym für den deutschen Faschismus, kein Betriebsunfall war. Bereits vor der Machtübertragung gab es vorbereitende Maßnahmen. Einerseits massive Verfolgung linker/kommunistischer Tätigkeit, andererseits freie Hand für faschistische Terroristen. Die Einführung der Präsidialdiktatur, das Regieren durch Notstandsgesetze gegen die Interessen der Arbeiterklasse und weiterer Schichten,

musste sein Amt im Staatsapparat aufgeben. Dafür wurden dann aber nach 1989 gleich 83% der DDR-Staatsbediensteten ausgetauscht [...]

Der Faschismus an der Macht bildete eine Kontinuität imperialistischer Kolonialrhetorik und Praxis, wenn auch mit deutlicher Verschärfung, mit neuer Qualität. Die Vernichtung des europäischen Judentums war natürlich keine einfache Fortsetzung imperialistischer Kolonialpolitik. Das dürfen wir nicht vergessen.

Opfer der imperialistischen Kolonialpolitik wurde auch das polnische Volk. Polen war das erste Land,

das unmittelbar vom faschistischen Deutschland überfallen worden ist. Über 5 Millionen Polinnen und Polen, d.h. jede vierte Person aus Polen, wurden zum Opfer der faschistischen Mordpläne. Das polnische Volk sollte nicht mehr existieren, weil es als minderrassig eingestuft wurde. In der

rassistischen Ideologie des deutschen Faschismus sollten Polinnen und Polen, wenn überhaupt lediglich als Arbeitssklaven dem deutschen Reich dienen. Fast 2 Millionen – ein Zehntel der polnischen Bevölkerung – wurden zur Zwangsarbeit verschleppt, die polnischen Menschen gehörten somit zu den größten Gruppen unter den Zwangsarbeitern. Die Germanisierung polnischer Gebiete wurde systematisch geplant und durchgeführt. [...]

Wir, Kameradinnen und Kameraden, sind weiterhin dem Buchenwald-Schwur verpflichtet:

„Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“



Kundgebung 8. Mai 2020 - Rede der VVN-BdA

die Absetzung der Volksfrontregierungen in Thüringen und Sachsen. An der Spitze der Weimarer Republik stand mit dem Junker Hindenburg ein anti-demokratischer Präsident.

Die Machtübertragung war aber nicht ein Beschluss eines geheim tagenden Gremiums des Kapitals, sondern eine scharfe und mörderische Auseinandersetzung innerhalb des Monopolkapitals. Entscheidend war aber auch die fehlende Aktionseinheit der Arbeiterklasse und das mangelnde Bündnis mit anderen demokratisch-antifaschistischen Kräften.

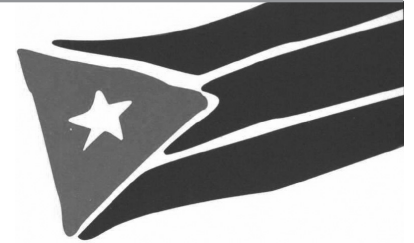
[... D]er Faschismus an der Macht war kein Bruch, er war eine Kontinuität deutscher Politik. Nur 13% der Staatsbeamten aus der Weimarer Republik wurden im 3. Reich ausgetauscht. In Westdeutschland war auch die Befreiung kein Bruch, weniger als jeder 5. Beamte

# Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen  
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

## Mitgliederversammlung

**bis auf Weiteres keine Mitgliederversammlungen**



unser Kooperations-  
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer  
**BILDUNGSINITIATIVEN** e.V.

## ▶ Horoskop der Pandemie: Der Kapitalismus stirbt nicht am Coronavirus

**Wie sieht die Welt nach der Pandemie aus? Es wird dieselbe sein, nur mit der Gefahr, dass sie uns wieder die Zukunft rauben ...die Zukunft, die sich schnell verschlimmern wird, wenn wir uns nicht organisieren, um sie umzuwandeln.** Autor: Fernando Buen Abad | [informacion@granmai.cu](mailto:informacion@granmai.cu) (leicht gekürzt)

**Wie wird die Welt nach der Pandemie aussehen? Alle möglichen kühnen Vorstellungen darüber gehen um die Welt. Einige rufen danach, „zur Normalität zurückzukehren“. Andere nähren die Hoffnung, dass wenn der Virus tot ist, die Wut des Kapitalismus zu Ende sei. Andere geben ihren Betrachtungen einen mehr grünen ökologischen Anstrich und natürlich dürfen auch die Prediger nicht fehlen, die die Situation als bösen Zauber außerirdischer Vorsehung verstehen, aber dabei gut aufpassen, dass ihre „Zehnten“ sich summieren.**

Aber da sind auch die „Think Tanks“, die intellektuellen Berater, die Akademiker und die „Gurus“ für jede Gelegenheit. Sie entfalten bereits ihre Künste des Opportunismus und das komplette Menu des Reformismus. ... Sie möchten uns dringend mit der Illusion eines „neuen Kapitalismus“ erfreuen, der human und progressiv ist, und dank der Pandemie von seinen Schrecken befreit wurde.

Ein verrückter Wettlauf, um die Zukunft zu „erraten“, ist entfesselt worden. Auf den Schalttafeln der herrschenden ideologischen Kontrolle schrillen die Alarmglocken, denn dort sieht man die Hinterhalte, die das Kapital gegen die Menschen errichtet hat, zusammenbrechen. ... Für die Unterdrückter ist es genauso wichtig, die Zukunft mit ihren „neuen“ – alten- Werten zu infizieren, wie einen Impfstoff gegen COVID-19 zu finden. Beides ist für sie ein großes Geschäft. ...

Die intellektuellen Jungs, die dieser Schurkerei zu Diensten sind, arbeiten schwer. Sie haben bereits viele Seiten in den „wichtigsten“ Tageszeitungen und viele Stunden in Radio und Fernsehen des transnationalen Monopolzirkusses reserviert und natürlich in den „sozialen Netzen“.

Unter den Förderern der neuen Verschönerung der Kapitalismus befinden sich dieselben alten Ideologen, die zum horrenden

Desaster beigetragen haben, unter dem die Menschheit leidet. Es sind dieselben Nachnamen, dieselben Universitäten, dieselben Finanzhaie ... nichts Neues an dieser „Erneuerung“, die sie uns aufzuzwingen versuchen, um die Frage zu beantworten: Wie sieht die Zukunft der Menschheit nach der Pandemie aus? Anders ausgedrückt: Mehr von demselben, mit einigen kleinen Reformen. Ohne Gewinnverlust, versteht sich.

Im Innern der Eingeweide des Kapitalismus befindet sich die Kraft, die ihn zerstören wird. Man muss die Kraft nicht woanders suchen. ... „Die Bourgeoisie produziert vor allem ihre eigenen Totengräber“, sagte Karl Marx. Man braucht nicht viel Wissenschaft, um das jeden Tag in voller Aktion zu sehen. Sie zerstört der Widerspruch Kapital-Arbeit, an ihrem Punkt höchster Spannung, der mit einer Revolution, die im Gange ist, gegeben ist, auch wenn sie viel Geld dafür ausgeben, das zu verschleiern.

Aus diesem Antagonismus ergibt sich die Spannung, die die historische Rolle und die Ziele des Klassenkampfes des Proletariats in größerem Umfang verdeutlichen wird. Der Kapitalismus schafft nicht nur immer wieder die Krisen, er erfindet auch Trugbilder, um zu verkünden, dass man die „Wiedererholung“ der Weltwirtschaft erreichen werde und ihre Szenarien mit langfristigen Reformstrategien erneuern wird. Er wird „neue“ Reformen und große Täuschungsmanöver durchführen, damit das Kapital weiter über den Menschen steht.

Auch ist eine internationalistische Philosophiebewegung zur Umwandlung der Realität notwendig. Man löst die Probleme, die die Akkumulation des Kapitals der Menschheit aufzwingt, nicht nur mit Steuerreformen, nicht nur mit Reformen des Staatsapparates, der vor den Oligarchien in die Knie geht. Man löst sie nicht nur mit mehr Krankenhäusern, nicht nur mit mehr Schulen und auch nicht mit noch mehr von

dem Gleichen. Man muss die Inhalte jeder Institution vollständig reformieren.

Die Produktionsweisen und die Produktionsverhältnisse, die Landnutzungsrechte, die „Bergbaukonzessionen“, die Souveränität der Küstenmeere und ganz allgemein das Recht der Völker ihre natürlichen Reichtümer und die Produkte ihrer Arbeit zu genießen, müssen angesprochen werden. Man muss die gesamte bürgerliche Demokratie diskutieren. Ihre Geschichte, ihre Definitionen, ihre Gesetze und ihre Tausenden von ideologischen und rechtlichen Hinterhalten. Für die humanistische Revolution muss man ernsthaft philosophieren.

Es ist auch die Stunde gekommen, um die Philosophie zu entkolonisieren. ... Man muss die Bildung insgesamt und ihre Unterwerfung unter den Markt des Wissens in Frage stellen. Man muss das Gesundheitsmodell und seine Prinzipien hinterfragen, um sich von der merkantilen Logik und dem messianischen Individualismus zu emanzipieren. Man muss bis an die Schmerzgrenze die ganze „Wertestruktur und den „gesunden Menschenverstand“ in Frage stellen, die uns vom Netz der „Kommunikationsmedien“ eingepfropft werden, und die gekidnappt wurden, um uns dem „Stockholm Syndrom“ zu unterwerfen, das uns zwingt, sie zu akzeptieren, als ob die Werte der Klasse der Unterdrückter unsere eigenen Werte wären. Man muss den gesamten Justizapparat in Frage stellen, den Apparat der Bestrafungen... den Kapitalismus als Ganzes, uns alle eingeschlossen. Man muss auch die Führungskrise unserer revolutionären Linken hinterfragen und sie lösen, um mit dem Kapital Schluss zu machen. Wie wird die Welt nach der Pandemie aussehen? Genauso, nur noch mit der Gefahr, dass sie uns erneut unsere Zukunft entführen ...dieselbe, die sich schnell verschlimmern wird, wenn wir uns nicht organisieren, um sie umzuwandeln. „Im Zögern liegt die Gefahr“, würde Eloy Alfaro sagen.



# Deutsche Kommunistische Partei

## Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, [dkpgoettingende.wordpress.com](https://dkpgoettingende.wordpress.com), [goettingen@dkp-niedersachsen.de](mailto:goettingen@dkp-niedersachsen.de)

**Zu nötigem Widerstand in der Pandemie:**

## ► „Hygienedemos“ im Vakuum

**Mit dem Ausbruch der Corona-Pandemie hat die Stunde all derer in den Denkfabriken der Monopole geschlagen, denen selbst unsere Variante spätbürgerlicher Demokratie nicht autoritär, nicht „effizient“ genug ist. Die Pandemie wird genutzt, um von der zu erwartenden Abwälzung der Lasten der kapitalistischen Krise auf die arbeitende Bevölkerung abzulenken.**

Tatsächlich ließ sich der Beginn der Krise für diese Kräfte gut an. Die Menschen, durch Horrorbilder verschreckt und verunsichert, hielten sich nahezu alle an die Pandemie-Einschränkungen, obwohl sie massiv in ihr Leben eingriffen und zum Teil alles andere als nachvollziehbar waren. Eingriffe in die Privatsphäre und die Zunahme staatlicher Überwachungsmöglichkeiten sind Beispiele. Ebenso die Angriffe auf die Arbeitszeit.

Auch fortschrittliche Kräfte, Teile der Partei „Die Linke“, der Gewerkschaften verständigten sich offenbar wortlos darauf, dass der Klassenkampf jetzt mal Pause haben müsse. So geht Formierung: Die freiwillige Unterordnung der breiten Massen unter den Willen der Monopole und ihrer Regierung. Alle reden jetzt von einem „Wir“, das durch die Krise muss. Doch gerade in der Pandemie gibt es kein „Wir“.

Durch die Einschränkungen der Grund- und Arbeiterrechte, Existenzängste großer Teile der Bevölkerung und die offensichtlichen Widersprüche zum Beispiel im Gesundheitswesen stößt diese Variante der Einbindung allerdings nun an ihre Grenzen. Pflegekräfte machen auch gegen den Willen von Teilen der Gewerkschaftsstrukturen Aktionen, im Gewerkschaftsapparat rumort es, Gastwirte stellen Stühle aus Protest heraus, kleine Läden stehen vor dem Aus. Gerade diejenigen, die als Kleinunternehmer in die Monopolstrukturen eingebunden sind, kriegen den gesamten Druck ab. Das Protestpotenzial sowohl in der Arbeiterklasse als auch unter den Zwischenschichten steigt, aber formiert sich nicht.

Der Meinungsbildungsprozess in Gewerkschaften ist eingeschränkt und manche „Linke“ halten es für besonders „kritisch“, jeden, der Kritik an den

Maßnahmen der Regierung äußert, zum Verschwörungstheoretiker und Faschisten zu erklären. Den Zusammenhang von sozialen und demokratischen Forderungen macht kaum jemand auf. Die kruden Hygiene-Demos sind auch eine Reaktion auf das „Krisenmanagement“ der Regierung und Ergebnis der Inaktivität fortschrittlicher Kräfte. Es wächst das Misstrauen in die gesundheitspolitischen Ambitionen einer Regierung, die die Krise zum Abbau der Arbeitsrechte nutzt und die Massenveranstaltung Großbetrieb erst sehr spät – bei Krauss-Maffei Wegmann in Kassel zum Beispiel überhaupt nicht – untersagt. Dort wurden durchgehend Panzer produziert.

Die Zusammensetzung der Proteste ist äußerst heterogen und von Lebenslage und Ideologie her kleinbürgerlich geprägt. In diesem Protestgemisch, indem sich auch um ihre Grundrechte besorgte Menschen finden, herrscht die bürgerliche Ideologie vor. Hier fühlen sich nun faschistische Kräfte und ihre Zuträger pudelwohl. In der Zeitung „Demokratischer Widerstand“, von der innerhalb weniger Wochen drei Ausgaben mit je einer Auflage von 30.000 Stück erschienen, wird für dieses Protestpotenzial die richtige Mischung angerührt. Grundgesetz ohne Enteignung, Medizin-Kritik ohne Kapitalinteressen, Gates-Kritik ohne die Frage, woher denn der Reichtum kommt und wer ihn erarbeitet. Heraus kommt ein neues „Wir“, das gemeinsam durch die Krise muss. Diesmal nur autoritärer und aggressiver. Die Ablenkung von Verursachern und Nutznießern der Krise funktioniert bundesweit.

Das ist kein Wunder, wenn keine organisierte Kraft da ist, die den Widerstand gegen das Abwälzen der Krisenlasten und das Monopolkapital formiert.

## Mitgliederversammlungen im Juni

Wir wollen versuchen, unsere Treffen wieder life durchzuführen. Die Treffen finden im Roten Zentrum statt:

### 2. Juni: Kommunalwahlen 2021

Die Göttinger Linke wird 2021 wieder zur Kommunalwahl antreten und steigt in die Planung ein. Welches ist der Beitrag der DKP?

### 16. Juni: Die ökonomischen Auswirkungen der Corona-Krise

Wir wollen mit Lucas Zeise (angefragt) per video über all das, was uns in den nächsten Monaten / Jahren ökonomisch „um die Ohren fliegen wird“, diskutieren. Hier wird es noch Nachrichten geben, wie das funktionieren kann.

Der Sprecherkreis

Und doch gibt es da ein Material, das den Zusammenhang von sozialen und demokratischen Forderungen aufmacht und bis zur sozialistischen Konsequenz treibt: die Forderungen der DKP zur „Corona-Krise“.

Forderungen der DKP in der Coronakrise findest Du hier:

(<https://dkp.de/forderungen-der-dkp-zur-coronakrise/>)

**DKP-PETITION:  
ALLE SANKTIONEN  
AUFHEBEN,  
DIE DEN KAMPF  
GEGEN DIE  
PANDEMIE  
BEHINDERN!**



**JETZT UNTERZEICHNEN**

# GROBIAN GRONER BÜRGERINITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: grobian-grone.web.de
- ☛ Treffen: Telefonkonferenz donnerstags, 20.00 Uhr



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer  
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

## Kundgebung und Info-Veranstaltung am 16. Mai in Grone:

### ▶ ADLER AG erhöht Mieten

Der Verein IN Grone und die Mieter\*inneninitiative hatten – mit Unterstützung der Grobiane - Die Mieter\*innen der Häuser Elmweg 11 und 13 sowie Süntelweg 23 und 25 mit einem Flugblatt (s. Kasten) noch einmal darauf aufmerksam gemacht, dass sie nun – leider – individuell tätig werden müssen, wenn sie hier noch etwas erreichen wollen.

Sie luden für den 15. Mai um 16.00 Uhr zu einer Kundgebung im Elmweg (Foto s. S. 1) ein und informierten noch einmal über die Möglichkeiten der Abwehr dieser Mieterhöhung: „Die Groner Mieterinitiative hat in den vergangenen zwei Jahren vielfach auf diese Entwicklung hingewiesen. Leider haben uns die Politiker von SPD, Grünen, CDU und FDP dabei im Stich gelassen. Aber immerhin ist es gelungen, diese Mieterhöhungen um zwei Jahre zu verzögern.“

Mehrere Mieter\*innen hatten sich zuvor bereits an den Verein IN Grone und die Groner Mieter\*inneninitiative gewandt. So schrieb eine Mieterin: „Ich befürchte nun, dass meine Miete zu teuer wird und das Amt diese nicht übernimmt. Ich bin nur geringfügig beschäftigt und somit noch vom Amt abhängig. So schnell findet sich auch keine neue bezahlbare Wohnung. Ich glaube, ich spreche für viele, wenn ich sage, wir sind ängstlich...“

Rund 25 Menschen aus den vier Häusern, von denen etwa ein Drittel Empfänger\*innen von Transferleistungen waren, kamen zu der Kundgebung und den Informationsständen und informierten

sich. Dabei wurde deutlich, dass die Veranstalter die Einzigen sind, die sich im Stadtteil um die Mieter\*innen kümmern.

Es wurde aber auch deutlich, dass eine ganze Reihe der Mieter\*innen bereits den Empfehlungen der entsprechenden

Veranstaltungen im Vorjahr gefolgt sind und sich bereits an den Mieterverein oder an entsprechende Rechtsanwälte gewandt haben.

IN Grone und Mieter\*inneninitiative haben bereits beschlossen, in den nächsten Wochen auch die Mieter\*innen der anderen ADLER-Häuser zu informieren, dass es nun auch bei ihnen losgehen kann. Wichtigste Info dabei: Sofort dem Mieterverein beitreten! (gs)



**Modernisierungsankündigungen  
der Adler Real Estate AG  
sind angekommen:**



**2,00 €/qm Mieterhöhung**

In den Häusern Elmweg 11 und 13 sowie der Häuser Deisterstraße 23 und 25 sind die Modernisierungsankündigungen angekommen. Die Folge: Die Mieten sollen - im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten - um 2,00 €/qm steigen. Das macht für eine Wohnung mit 50 qm eine Mieterhöhung um 100 Euro!

Für viele Menschen ist das nicht bezahlbar! Sie haben Angst, dass sie sich die Miete nicht mehr leisten können und in Göttingen keine andere bezahlbare Wohnung finden werden.

Die Groner Mieterinitiative hat in den vergangenen zwei Jahren vielfach auf diese Entwicklung hingewiesen. Leider haben uns die Politiker von SPD, Grünen, CDU und FDP dabei im Stich gelassen. Aber immerhin ist es gelungen, diese Mieterhöhungen um zwei Jahre zu verzögern.

**Jetzt müssen alle MieterInnen selbst aktiv werden** und die gesetzlich vorgegebenen Wege gehen.

Was tun?	
<b>1.a</b>	Das Dulden der Modernisierung erklären und <b>bis 29. Mai 2020</b> abschicken! Die <b>Frist ist unbedingt einzuhalten</b> , da eine Ablehnung der Modernisierung der Außenwände nicht zulässig sein wird.
<b>1.b</b>	Die in der Ankündigung genannte Mietminderung sollte angenommen werden. (Empfehlung)
<b>2.a</b>	Stellen Sie einen <b>Härtefall</b> -Antrag, wenn die Mieterhöhung (nach Abschluss der Modernisierungsarbeiten) für Sie einen <b>Härtefall</b> darstellt. Ein Härtefall kann sein + Eine Mieterhöhung um mehr als 30 % + Eine Miete, die mehr als 30 % des Einkommens beträgt. + Es kann in besonderen, seltenen Fällen noch andere Gründe geben Ein Widerspruch wegen <b>Härtefall</b> muss <b>ebenfalls unbedingt bis 29. Mai 2020 an Adler geschickt</b> werden.
<b>2.b</b>	Wie stellt man solch ein Antrag auf Härtefall? Zur Begründung sollte eine „Haushaltsaufstellung“ der Einkommen aller Familienmitglieder sowie die Ausgaben einer Familie unbedingt erstellt werden. Erste Hilfen und Informationen dazu bietet die Mieterinitiative am 15.5. an. Die Mieterinitiative kann keine rechtliche Beratung ersetzen! Jede/r sollte sich sofort mit dem Mieterverein (oder einem Rechtsanwalt) in Verbindung setzen und sich bei der Aufstellung der notwendigen Schritte beraten lassen

#### Kundgebung / Informationen

**Am Freitag, 15. Mai, 16.00 bis 18.00 Uhr  
Elmweg / Deisterstraße**

Mitglieder der Mieterinitiative werden dort sein, noch einmal informieren und Ihnen Formulare für Einsprüche geben können:  
- Einsprüche wegen sozialer Härten

- Anschreiben an die Stadt Göttingen wegen Übernahme der Mitgliedsbeiträge im Mieterverein

Bitte halten Sie sich an die Abstandsregelungen und tragen Sie einen Mund- und Nasenschutz



#### Hilfreiche Adressen:

- Mieterverein Göttingen: Prinzenstraße 9 37073 Göttingen, 0551 - 542030. mieterverein-goettingen@t-online.de
- Nachbarschaftszentrum Grone, Deisterstr. 10, 37039 Göttingen
- Groner Mieterinitiative: Tel.: 0178-5884649, in-grone@web.de

v.i.S.d.P.: G. Siebecke, Harzstr. 13, 37081 Göttingen

## (...) Fortsetzung „Sanierung in Grone beginnt mit Paukenschlag!“ von Seite 1

Die Planungsstelle zur Unterstützung von Mieterinitiativen kommt jetzt mit der Empfehlung, Mieter könnten sich an einen privaten Rechtsanwalt wenden – genau den, der die Stadt in Vorfeld des Bauplanes beraten hat. Sie wird möglicherweise demnächst wohl auch ein paar Euros für Flugblätter von Mieterinitiativen herausrücke: Ein kleiner Vorteil für eine Mieterin, aber ein großer für die SPD:

Dann kann die SPD/die Stadtregierung demnächst lauthals sagen, dass sie sich aktiv und immer (oder zumindest nach enttäuschenden Erkenntnissen, s.o.) für die betroffenen Mieter eingesetzt hat und Mieter nicht zwingend auf Mieterinis und andere Störenfriede angewiesen sind. Die SPD war schon immer bemüht, sich als der beste Sachwalter der Armen und Schwachen hinzustellen, als diejenigen

Politiker, die den Sozialstaat hochhalten oder retten. Es ärgert sie doch auch in den Ratssitzungen, dass Linke ihnen das streitig machen und sie in der Sozialstaatspolitik „überholen“ wollen. Aus ihrer Sicht ist es doch die SPD, welche die beste Politik für die Schwachen macht, die Armut besser als alle anderen verwaltet. Dass sie die Armut auch aktiv herstellt, ist nun ja leider, leider ein Sachzwang.



## Politische Treffen – Was ist eigentlich gerade erlaubt?

Kommentar von Eckhard Fascher am 21. Mai 2020

Zu Beginn des Jahres hätte ich mir sicherlich nicht vorstellen können, dass jetzt, in der Juniausgabe zum dritten Mal in Folge unsere normale LINKE Terminseite weitgehend wegfällt und durch redaktionelle Beiträge ersetzt werden muss. Dies wird zunehmend schwieriger. Ist doch das politische Leben seit zwei Monaten weitgehend erlahmt.

Mich persönlich betreffend: Die kommunalpolitische Arbeit ruhte nie komplett. Es gibt Gruppensitzungen und Fraktionssitzungen per Videokonferenz, auch Anträge werden gestellt und unsere Ausschusssitzungen des Kreistages werden Ende Mai wieder beginnen. Im Stadtrat gab es ohnehin keine vergleichbare Unterbrechung. Von dem ab Mitte März geltenden Versammlungs- und Kontaktverbot waren die kommunalen Gremien ohnehin ausgenommen.

Jetzt im Mai wird das Leben allgemein wieder hochgefahren: Im Laufe des Monats werden die meisten Kinder wieder in die Schule geschickt, wenn auch die Klassen geteilt werden, das Mittagessen flach fällt und Hygienebedingungen eingehalten werden müssen. Auch die Kindertagesstätten füllen sich sehr langsam. Auch Geschäfte und Gaststätten können wieder besucht werden, das Kontaktverbot wurde etwas gelockert.

Aber was ist eigentlich mit unseren normalen politischen Versammlungen? Was ist da eigentlich erlaubt? Würde ich mich da über die Bedingungen in dem (von einem LINKEN Ministerpräsidenten regierten) Thüringen informieren wollen, wäre dies relativ einfach: Ab dem 23. April können grundsätzlich wieder Versammlungen bis zu 30 Personen auch in geschlossenen Räumen stattfinden, natürlich bei Einhaltung einiger Abstands- und Hygieneregeln. Dies wurde klar verständlich kommuniziert und ist in Presseorganen analog und digital nachzulesen. Schließlich geht es ja auch um ein Grundrecht.

Zu Niedersachsen finde ich nichts dergleichen. Allgemein herrscht das Gefühl vor, dass noch alles verboten ist, weil auch nichts stattfindet, auch nicht im kulturellen Bereich. Sicherlich: Seit

dem 17. April sind kleine Versammlungen (Demonstrationen) bis zu 30 Personen wieder legal und dies wird auch genutzt. Dies muss aber angemeldet werden und wurde nicht öffentlich kommuniziert.

Wühle ich mich durch die Niedersächsische Verordnung zur Bekämpfung der Corona-Pandemie in der Fassung vom 5. Mai, stoße ich auf folgendes: Laut § 1 Abs. 5 sind alle Versammlungen, außer denen der parlamentarischen Gremien verboten. In Abs. 5 a ist dieses Verbot für gewählte Gremien von Vereinen, Initiativen, öffentlich-rechtlichen Körperschaften etc. grundsätzlich aufgehoben. Also der KSR darf sich treffen. Interpretationsspielraum lässt dann der Abs. 5.b zu: Abweichend von Abs. 5 Satz 1 sind kommunale, politische und wissenschaftliche Versammlungen, insbesondere im Rahmen von Bürger- und Volksbegehren oder in Rechtsvorschriften vorgesehene Veranstaltungen, zulässig, wenn .... (Einhaltung des Abstands von 1,5 m).

Dies klingt erst mal so, dass man sich treffen darf. In der Praxis ist aber völlig unklar, inwieweit solche Veranstaltungen auch öffentlich sein dürfen. Auch ist noch ein Bußgeldkatalog in Kraft, der 200 Euro pro Person bei Nichteinhaltung der Hygienebestimmungen vorsieht. Dies erzeugt sicher nicht nur bei mir ein tiefes Gefühl der Unsicherheit. Faktisch treffen sich viele Gremien wieder, Versammlungen mit dem „Fußvolk“ gibt es weiter nicht. Das kulturelle Leben findet weiterhin nicht statt.

Auch wenn ich grundsätzlich Einschränkungen wegen Corona akzeptiere, muss ich feststellen, dass es in einem Rechtsstaat einfach und klar kommuniziert werden muss, was zulässig ist und was nicht. Vor allem muss dies auch über die Medien kommuniziert werden, wie es ja in Thüringen geschehen ist.

Im Übrigen mutet es absurd an, dass durchgängig Menschen am Arbeitsplatz auch außerhalb der „systemrelevanten“ Berufe beispielsweise in Fabriken und auf Feldern ihre Gesundheit gefährden müssen, aber weiterhin kleinere öffentliche Versammlungen zwar nicht unmöglich, aber erschwert sind.

### KV Göttingen/Osterode

Lange Geissmarstraße 2, 37073 Göttingen  
Tel.: 05 51 - 29 14 05 46  
[kreisverband@die-linke-goettingen.de](mailto:kreisverband@die-linke-goettingen.de)

#### Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: [kreisverband@die-linke-goettingen.de](mailto:kreisverband@die-linke-goettingen.de)

#### Jugendverband [;solid]:

Mail: [solid\(at\)solid-goettingen.de](mailto:solid(at)solid-goettingen.de) und bei facebook  
Homepage: <https://solid-goettingen.de/>

#### Ortsverbände:

##### OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:  
[ortsverband@dielinke-goettingen.de](mailto:ortsverband@dielinke-goettingen.de)

##### OV Rosdorf

Bettina Weigert, Tel. 0175-1948368  
[rosdorf@dielinke-goettingen.de](mailto:rosdorf@dielinke-goettingen.de)

##### OV Bovenden

Marius Fedry, Tel. 0159 01282354

##### OV Altkreis Osterode

Ilyas Cangöz  
[kreis.osterode@die-linke-goettingen.de](mailto:kreis.osterode@die-linke-goettingen.de)

##### OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,  
37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,  
[dransfeld@dielinke-goettingen.de](mailto:dransfeld@dielinke-goettingen.de)

##### OV Hann. Münden

E-Mail: [Hann.Muenden@die-linke-goettingen.de](mailto:Hann.Muenden@die-linke-goettingen.de)

#### Zusammenschlüsse:

##### Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973  
Festnetz: 0551-40137061  
[eckhardfascher@web.de](mailto:eckhardfascher@web.de)

##### AG Antifa

[ag-antifa@die-linke-goettingen.de](mailto:ag-antifa@die-linke-goettingen.de)

##### AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,  
Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,  
E-Mail: [ag-gb@dielinke-goettingen.de](mailto:ag-gb@dielinke-goettingen.de)

##### AG Frauen

**Britta Schmerling, Tel. 0551-486538**

##### Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer  
E-Mail: [SL-Goettingen@web.de](mailto:SL-Goettingen@web.de)

##### Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,  
E-Mail: [walter.noobsch.kpf@gmx.de](mailto:walter.noobsch.kpf@gmx.de)

### Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Elvira Kalusa,  
E-Mail: [rlc-goettingen@rls-nds.de](mailto:rlc-goettingen@rls-nds.de)  
<http://nds.rosalux.de/> und bei facebook.

### Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Kassel Göttingen eG  
IBAN DE08 5209 0000 0047 3038 00

# DIE LINKE. Kreisverband Göttingen

## ► Corona und DIE LINKE

Eine gute Sammlung dessen, was von Seiten unserer Partei, bisher zu Corona an politischen Positionen und Forderungen entwickelt wurde, findet sich auf folgender Seite:

<https://www.die-linke.de/themen/gesundheit-und-pflege/corona/>

Hier findet Ihr nicht nur aktuelle Forderungen, wie mit dem Corona-Virus umgegangen werden sollte und was sich

am Gesundheitssystem und für seine Beschäftigten ändern muss. Hier wird auch auf die sozialen Folgen und Verwerfungen eingegangen. Auch Materialien zum Download werden angeboten. Dies sind beispielsweise eine Broschüre zur Einschränkung von Grundrechten und eine Zusammenfassung zu Verschwörungstheorien.

Die Seite ist auch mit unserer eigenen Homepage verlinkt.

Presseerklärung des Landesverbandes vom 24.04.2020:

## ► Digitaler Unterricht darf soziale Spaltung nicht befeuern

Mit der schrittweisen Öffnung der Schulen steht für alle Schülerinnen und Schüler, die noch nicht wieder in die Schulen zurückkehren, ab dem 22. April ‚Home Learning‘ auf dem Programm. Laut Kultusminister Grant Hendrik Tonne (SPD) werden sie dafür von ihren Lehrkräften für das ‚Lernen zu Hause‘ mit Lernplänen und Aufgaben versorgt. LINKE Landesvorsitzender Lars Leopold: „Wenn die Aufgaben nun per E-Mail kommen und Online-Portale genutzt werden, zu denen auch die Lehrerinnen und Lehrer Zugriff haben, muss unbedingt sichergestellt werden, dass niemand ausgeschlossen wird. Wie die Lernpläne und Aufgaben jedoch alle betroffenen Schülerinnen und Schüler auch tatsächlich erreichen sollen, darüber schweigt Minister Tonne sich aus. Diese Angebote bringen nämlich denen nichts, die finanziell nicht so gut gestellt

sind. Denn nicht jede Familie besitzt einen entsprechend konfigurierbaren Computer, ein Tablet oder Drucker. Hinzu kommt, dass viele keine ausreichende Internetverbindung haben. Es geht hier um Chancengleichheit – alle müssen unter gleichen Bedingungen lernen können. Um ein einheitliches Lernen für alle zu gewährleisten, müssen wir auch garantieren, dass alle die gleichen Grundvoraussetzungen haben. Daher fordert DIE LINKE schon lange die Lehr- und Lernmittelfreiheit. Darin muss natürlich auch die notwendige Ausstattung berücksichtigt werden, die man für den digitalen Unterricht in der Schule und zuhause benötigt.“

LINKEN-Co-Vorsitzende Heidi Reichinnek ergänzt: „Das ‚Home Learning‘ stellt viele Familien vor große Herausforderungen. Um die jetzige Situation für

alle Beteiligten zu entschärfen und um es allen Eltern möglich zu machen, ihre Kinder zuhause trotz der Isolationsmaßnahmen zu unterrichten, erwarten wir, dass die Jobcenter dies durch leistungs- und updatefähige Geräte sicherstellen. Deshalb muss Menschen, die im SGB II-, SGB XII- und AsylbLG-Bezug sind, Leistungen zum Kauf eines entsprechenden Laptops oder Computers gewährt werden. Die rechtlichen Voraussetzungen dafür gibt es im SGB II § 21 Abs. 6 SGB II (Mehrbedarf), im SGB XII § 73 SGB XII und im AsylbLG § 6 AsylbLG (sonstige Leistungen). Dies haben verschiedene Sozialgerichte den Jobcentern bereits aufgegeben. Heimunterricht muss unter grundlegend gleichwertigen Bedingungen stattfinden, um unseren Kindern einen gleichberechtigten Start ins Leben zu ermöglichen.“

## ► Forderungen der LINKEN in der Coronakrise

Die Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Bundestag Amira Mohamed Ali hat in ihrem Statement Die Rolle der Linken in der Coronakrise vom 6. Mai folgende Forderungen erhoben:

1. Menschen schützen, die unsere Gesellschaft am Laufen halten! 500 Euro mehr Grundgehalt in allen systemrelevanten Berufen.
2. Existenzen sichern und Menschen mit niedrigen Einkommen unterstützen. Wir fordern mindestens 90% Kurzarbeitergeld für Alle und 100% Kurzarbeitergeld für Beschäftigte im Niedriglohn. Mini-Renten und Hartz IV um 200 Euro aufstocken, Studierenden und Azubis die Existenz garantieren.

3. Das Gesundheitswesen muss vollständig zurück in die öffentliche Hand! Die Privatisierungen müssen rückgängig gemacht werden. Krankenhäuser, Pflegekräfte und auch die Herstellung von Schutzkleidung dürfen nicht dem Profitinteresse unterworfen sein. Der Markt hat im Gesundheitssystem nichts verloren!
4. Krankenhäuser statt Kampf bomber! Aufrüstungsbestrebungen der Bundesregierung erteilen wir eine unmissverständliche Absage.
5. Staatshilfen nur bei Verzicht auf Boni und Dividenden und bei Arbeitsplatzsicherung!
6. Grundfreiheiten haben auch in der Krise Geltung! Die Versammlungs-

mit links  
n  
niedersachsen

freiheit muss gewährleistet und geschützt werden. Datenschutzbestimmungen müssen eingehalten werden – insbesondere auch bei der Entwicklung von freiwilligen Tracing-Apps.

7. Die Kosten der Krise müssen diejenigen bezahlen, die die stärksten Schultern haben! Wir fordern eine Vermögensabgabe für Millionäre und Milliardäre.

Das vollständige Statement kann unter folgendem LINK nachgelesen werden: <http://mitlinks-nds.de/die-rolle-der-linken-in-der-coronakrise/>

# DIE LINKE. im Kreistag Göttingen

## ► Kreistagsitzung unter Coronabedingungen

Am 29. April fand eine Kreistagsitzung unter Coronabedingungen statt. Absprachegemäß nur in halber Besetzung, mit Sicherheitsabstand und Schutzmasken. Zuvor waren alle Fachausschüsse ausgefallen, der Kreisausschuss hatte seine Beschlüsse nur im Umlaufverfahren gefasst.

Anders als üblich vier oder fünf Stunden dauerte diese Sitzung nur eine halbe Stunde, die Tagesordnung war auf das Nötigste beschränkt.

Der wichtigste Punkt kam gleich zu Beginn: Jo Bons wurde als neuer Kreistagsabgeordneter verpflichtet. Jo ist für den verstorbenen Konrad Kelm nachgerückt.

Beim Abhandeln der weiteren Tagesordnung äußerte Eckhard Fascher bei zwei Punkten Widerspruch:

Von unserer Seite wurde es abgelehnt, dass bis zum Jahresende sämtliche Auftragsvergaben allein durch die Verwaltungsspitze entschieden werden sollten. Normalerweise entscheidet bei größeren Auftragsvergaben der Kreistag, zumeist ohne große Diskussion. Der Änderungsantrag unserer Kreistagsgruppe sah vor, diese Entscheidungen zumindest dem Kreisausschuss als parlamentarisches Gremium zu überlassen. Dies wurde von den anderen Parteien abgelehnt.

Bei der Sicherung des FFH-Gebietes Weper, Gladeberg und Aschenburg bei Harste, das zum größten Teil im Landkreis Northeim liegt, sah die Vorlage vor, den größeren Teil lediglich als Landschaftsschutzgebiet auszuweisen. Eckhard sprach sich dafür aus, das gesamte Gebiet als Naturschutzgebiet auszuweisen. Die übrigen Parteien stimmten der Verwaltungsvorlage zu.

## ► Würgassen

Die von der Bundesregierung beauftragte Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung verkündete völlig überraschend für Bürgermeister, Kommunalpolitiker und die lokale Bevölkerung Anfang März ein „Logistikzentrum für Endlager Konrad“ auf dem Gelände des ehemaligen Atomkraftwerkes Würgassen errichten zu wollen.

Gegen diese Pläne hatte sich vor Ort heftiger Widerstand gebildet. Kommunalpolitiker und Bürgermeister aller Parteien aus den angrenzenden Gemeinden im Dreiländereck hatten in einer gemeinsamen Erklärung den Plänen eine Absage erteilt.

Unsere Kreistagsgruppe hat zur nächsten Kreistagsitzung am 8. Juli einen Antrag zur Ablehnung von Würgassen und Konrad eingebracht. Dieser sieht auch eine Solidarisierung mit der Erklärung der Kommunalpolitiker vor.

Ab 2027 sollen voraussichtlich 30 Jahre lang schwach- und mittelradioaktive Abfälle aus dem gesamten Bundesgebiet nach Würgassen transportiert werden und zwischen gelagert werden. Dort sollen die Abfälle aus Betrieb und Rückbau von Atomkraftwerken sowie aus Forschung, Industrie und Medizin dann für das geplante Endlager (Schacht)



Konrad in Salzgitter sortiert werden, um es dann „passgenau“ über die Schiene beliefern zu können. Gleichzeitig würde dann auch das Endlager Konrad in Salzgitter in Betrieb genommen werden können. Mit Sicherheit würden Transporte nach Würgassen auch über Göttingen laufen. Zulässig sind dabei Strahlungswerte wie bei den CASTOR-Transporten mit hochradioaktiven Müll. Hierbei kann es auch zu Unfällen kommen, bei denen Radioaktivität frei gesetzt wird.

Die Genehmigung für Konrad wurde 2002 erteilt, mittlerweile ist das Konzept veraltet. Die Sicherheitsanalysen für das Endlager Schacht Konrad sind sogar nahezu dreißig Jahre alt. Wie hoffnungslos veraltet die zugrundeliegenden Modellrechnungen sind, wird allein dadurch deutlich, wenn man sich vor Augen hält, auf welchem Stand die Computertechnik Anfang der 90er Jahre war.

## DIE LINKE. im Kreistag Göttingen

Zimmer 66  
Reinhäuser Landstr. 4  
37083 Göttingen

tel 0551 - 525 - 108  
[dielinke@landkreisgoettingen.de](mailto:dielinke@landkreisgoettingen.de)  
[www.dielinke-goettingen.de](http://www.dielinke-goettingen.de)

## ► Was wird Jo übernehmen?

In Zukunft wird Jo Bons anstelle von Eckhard Fascher unsere Gruppe im Sozialausschuss und SGB-II-Beirat vertreten. Eckhard übernimmt dafür den Kulturausschuss, den Konrad Kelm bis zu seinem Tode innehatte. Jo wird auch im Demographiebeirat und im Aufsichtsrat der Kreisvolkshochschule mitarbeiten.

## Einladung von Dieter Dehm an die Mitglieder des KV Göttingen:

### Berlin Fahrt mit Diether Dehm, MdB

Auf Initiative des Bundestagsabgeordneten Diether Dehm sind die Mitglieder des Kreisverbandes DIE LINKE. Göttingen/Osterode und weitere Interessierte zu einer Bundestagsfahrt von Göttingen aus nach Berlin eingeladen.

**Termin:**

**28.-30. September 2020**

Wer sich anmelden möchte, kann dies ab sofort unter:

[anmelden@die-linke-goettingen.de](mailto:anmelden@die-linke-goettingen.de) mit Angabe des Namens, Geburtsdatum und Geburtsort machen. Interesse an Programmpunkten kann bei der Anmeldung geäußert werden und wird nach Möglichkeit berücksichtigt.

Bereits in Planung sind ein Besuch des Bundestages zur Haushaltswoche, eine Veranstaltung zum Thema Wohnen und ein Besuch des Jü-



# Rotes Zentrum e.V.

im Lieschen-Vogel-Haus · Lange-Geismar-Straße 2 · 37073 Göttingen

Mail: rotes-zentrum-goettingen@posteo.de

Unser Spendenkonto und das aktuelle Veranstaltungsprogramm senden wir auf Anfrage gerne zu



## ► Ein Ort der Begegnung in Zeiten physischer Distanz?!

**Welche Aufgaben und welche Rolle nimmt ein Rotes Zentrum in Zeiten von Corona und Gesundheits-Krise ein? Seit Ende März 2020 waren die öffentlichen Tagungs- und Veranstaltungs-Räume in der Langen-Geismar-Straße 2 geschlossen.**

Die „Niedersächsische Verordnung über infektionsschützende Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Corona-Virus“ verbietet grundsätzlich alle Zusammenkünfte in Vereins- und Freizeiteinrichtungen sowie alle öffentlichen Veranstaltungen. In der geltenden Fassung der Landesverordnung ab dem 25. Mai 2020 können abweichend hiervon aber gewählte Gremien von (...) Vereinen, Initiativen oder anderen ehrenamtlichen Zusammenschlüssen Sitzungen und Zusammenkünfte durchführen, wenn sichergestellt ist, dass jede Person beim Betreten und Verlassen der Einrichtung sowie beim Aufenthalt in der Einrichtung einen Abstand von mindestens 1,5 Metern zu jeder anderen Person, die nicht zum eigenen Hausstand gehört, einhält. Zudem dürfen politische (...) Veranstaltungen stattfinden, insbesondere im Rahmen von Bürger- und Volksbegehren, (...) wenn sichergestellt ist, dass jede Person beim Betreten und Verlassen der Einrichtung sowie beim Aufenthalt in der Einrichtung einen Abstand von mindestens 1,5 Metern zu jeder anderen Person, die nicht zum eigenen Hausstand gehört, einhält. Neben der Verordnungslage haben alle Menschen eigene persönliche Bedürfnisse und Deutungen in Bezug auf soziale Distanzierung, physische Distanz, Abstandsgebot, Hygieneregeln, Selbstdisziplinierung, usw.

In den zurückliegenden Wochen haben uns unterschiedliche Erzählungen und Berichte vom Bemühen um Auseinandersetzung, Haltung und Kontakt erreicht. Eine ist das nebenstehende Gedicht „Du, Mensch, wach auf!“ von Edda Pinne. Edda ist eine lebensfrohe, kluge, betagte und streitbare Genossin, die vielfach Veranstaltungen im Roten Zentrum besucht hat. Ihre literarische Auseinandersetzung mit der gegenwärtigen Welt-Lage wurde

uns von einer Freundin mit der Bitte um Veröffentlichung überreicht. Dafür sagen wir herzlichen Dank!

Eine andere Form der Auseinandersetzung und des Versuchs der öffentlichen Wirkung ist die Nutzung des Schaufensters im Roten Foyer: seit dem 8. Mai hängt dort die Ausstellung „Todes juntes contra al fascismo – Alle zusammen gegen den Faschismus!“ des Vereins zur Förderung antifaschistischer Kultur e.V. Eine Gruppe von Frauen aus Deutschland, dem Bas-

kenland und Lateinamerika hat die dreisprachige Ausstellung zu Geschichte und Kontinuitäten des spanischen Faschismus erarbeitet. Ursprünglich sollten die fünf Ausstellungstafeln in Cafés und Kneipen öffentlich gezeigt werden. Die Situation in der Gesundheits-Krise stellte die Präsentation in Frage. Der seit einigen Wochen wieder einsetzende Passant\*innen-Verkehr in der Langen-Geismar-Straße macht das große Schaufenster des Roten Foyers zu einer markanten Ausstellungsfläche. Ein kleiner Infotisch und ein Aufsteller auf dem Gehsteig wecken vielfach die Neugierde und das Interesse von Vorbeispazierenden. Eine solche Nutzung würde sich in Zukunft auch für andere Themen und Initiativen anbieten.

## Du, Mensch, wach auf!

Öffne endlich deine Augen  
die Natur läßt sich nicht permanent aussaugen.  
Willst du denn gar nicht sehen,  
was auf der ganzen Welt nun ist geschehen?  
Du gräbst und sprengst, um an das Oel zu kommen,  
denn du hast dir vorgenommen,  
alles, alles auszunützen  
statt unsere herrliche Erde zu schützen.  
Selbst vom tiefsten Meeresboden  
willst du alles, was Profit bringt, holen;  
die Wälder vernichten,  
den Blick nur auf Gewinn ausrichten,  
den Menschen in den ärmsten Ländern  
hilfst du nicht, ihre Lage zu verändern.  
Auch sie werden von dir ausgebeutet.  
Ja, von dir und deinen Leuten.  
Statt den Kindern eine Perspektive zu geben,  
nimmst du ihnen das Land, von dem sie leben,  
um fette Rinder zu züchten,  
werden ihre Wälder vernichtet.  
So geht es nicht weiter auf dieser Welt,  
nun hat sich Corona eingestellt.  
Hast du denn gar keine Ahnung?  
Ist dies nicht ´ne Mahnung?  
Sollten wir nicht endlich auf dieser Erde  
alle Schwestern und Brüder werden?  
Helfen wo Not und Bedürftigkeit ist  
und keiner den anderen Menschen vergißt?  
Teilen was da ist und reichen die Hände  
vielleicht schaffst du damit die nötige Wende.  
Mensch wach auf und fang an zu sehen,  
was auf dieser Welt muss endlich geschehen.

Von Edda Pinne



Wähler\*innengemeinschaft

# Göttinger Linke

sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

**Märchenstunde des Stadtrates in der Lokhalle:**

## ► Der Wolf im Schafspelz und andere Dummheiten

Schon die Kulisse hatte etwas Irreales, als der Rat zur ersten Sitzung nach Corona am 15.05. zusammen kam: Einzeltische, die Kollegen der eigenen Ratsgruppe in zu großer Entfernung für Zwischenabsprachen. Undeutliches Reden durch die Maske.

Zur Bühne mit Rednerpult, auf der Oberbürgermeister Köhler und der Ratsvorsitzende Henze thronen, war es ein langer Weg. Der Zuschauerbereich war für die Ratsmitglieder kaum präsent. Dennoch ließen sich ein paar wenige Bürger\*innen das seltsame Spektakel nicht entgehen.

Es begann vor dem eigentlichen Beginn mit einem Dringlichkeitsantrages der SPD.

Das Thema ist wirklich dringlich: Die ersten Mieter\*innen der Adler AG in Grone haben Ende April Modernisierungsankündigungen mit enormen Mieterhöhungen bekommen. (siehe auch weitere Berichte in dieser Ausgabe).

Nun hatte die SPD urplötzlich ihr Herz für diese Mieter\*innen entdeckt und wollte ihnen per Eilantrag Hilfe und Beratung zukommen lassen. Das Unwesen des bösen Investors wurde quasi über Nacht entdeckt. Bisher hatte die SPD in Orts- und Stadtrat beharrlich an das Märchen von der guten Adler AG geglaubt, die dringend gebrauchte neue Wohnungen bauen will und die bestehenden schön machen. Aber dass nun dieser Eigentümer mitten in der Corona-Krise böse Briefe verschickt, das sei nun wirklich eine Sauerei.

Der Rat stimmte der Dringlichkeit zu und der Antrag kam auf die Tagesordnung.

Um ein wenig Realität in die Geschichte zu bringen, brachte die Ratsgruppe Göttinger Linke/ALG einen Änderungsantrag dazu ein. Darin wurde die Verwaltung aufgefordert, von der Adler AG eine Fristverlängerung zu verlangen. Denn was nützt den Mieter\*innen die ganze Beratung, wenn Ende Mai schon die Frist vorbei wäre, in der sie unterschreiben sollten oder einen Härtefallantrag stellen können.

Bärbel Safieh von der GölLinken/ALG fiel es beim Einbringen der Änderung unglaublich schwer, sachlich zu bleiben. Denn ausgerechnet Anna Wucherpfennig brachte den Ursprungsantrag der SPD ein. Gerade sie hatte im Ortsrat Grone die GölLinke der

Lüge bezichtigt. Die dortige SPD hat bisher den Investor als Segen für den Stadtteil angesehen.

Nun endlich das böse Erwachen? Die Fusion der Adler AG mit dem Berliner Immobilienkonzern ADO wurde in der Debatte quer durch die politischen Lager als Grund allen Übels angesehen. Der neue Eigentümer sei schuld. Wie in der Märchenstunde: Der Wolf frisst die gute Großmutter und nun nimmt das Unheil seinen Lauf.

Die CDU war bei all dem Fabulieren über die Scheinheiligkeit der SPD erbost. Man wundere sich, dass die SPD jetzt auf einmal „aus dem Gebüsch käme“, wo die Mieterhöhungen in Grone doch bisher immer ein Thema der Linken gewesen wären.

Wohl wahr. Aber die Verantwortung für die Vernichtung von bezahlbarem Wohnraum will die Mehrheit des Rates eisern noch immer nicht wahrhaben. Obwohl der Grüne Thomas Harms in seinem Redebeitrag immerhin zugab, man müsse der GölLinken/ALG nun doch recht geben, es käme schlimmes auf die Mieter\*innen zu. Er schlug vor, ein Teilsegment des Bestandes der Adler/ADO an die Städtische Wohnungsbau zu verkaufen. Märchenhafte Vorstellung, nur wie durchzusetzen? Und mit wem?

„Dummes Zeug“ tobte OB Köhler, als die GölLinke/ALG wieder versuchte, die Realität darzustellen. Mit „Legendenbildung“ drückte sich SPD-Vorsitzender Tom Wredins gewählter aus. Dabei ist es ein Fakt, dass der Investor mehrfach in trauter Ortsratsrunde gedroht hat, seine Millionen woanders zu investieren, wenn die Politik nicht endlich den B-Planänderungen zustimme. Die Politik stimmte zu und reibt sich nur scheinbar verwundert die Augen, dass sich der Investor als böser Wolf entpuppt. Jetzt ist es ja ein anderer Bösewicht, nicht mehr die angeblich wohlmeinende Adler AG.

Dabei ist es in Wahrheit unerheblich, ob Adler oder ADO: Die Millionen würden weiterziehen, wenn in Grone nicht der große Reibach durch Aufstockung zu machen wäre. Aber das will die Ratsmehrheit nicht wahrhaben. Fragt sich, wer hier dumm ist oder sich dumm stellt.

## Kontakte:

**Wähler\*innengemeinschaft  
Göttinger Linke**

Rotes Zentrum,  
Lange Geismarstraße 2  
37073 Göttingen  
[www.goettinger-linke.de](http://www.goettinger-linke.de)  
E-Mail: [sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de](mailto:sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de)

**SprecherInnenkreis:**

Thomas Bahrs, Dr. Eckhard Fascher,  
Oliver Preuß, Bärbel Safieh,  
Dr. Christian Schüler, Christa Siebecke

**Kassierer:**

Gunnar Siebecke

**Fraktion Göttinger Linke  
im Rat der Stadt Göttingen**

Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)  
Hiroshimaplatz 1-4  
37083 Göttingen  
Telefon: 0551- 400 2347  
[goelinke-alg-gruppe@goettingen.de](mailto:goelinke-alg-gruppe@goettingen.de)

**Fraktionsmitarbeiter:**

Udo Trost

**Öffnungszeiten des Büros:**

Mo. 09:00 – 12:30 Uhr  
Mi. 14:00 – 17:00 Uhr  
Do. 13:00 – 17:00 Uhr

**Fraktionssitzung:**

Mittwoch 17.00 Uhr (öffentlich)

**Mandatsträger:**

Rolf Ralle (Fraktionsvorsitzender)  
Bärbel Safieh  
Edgar Schu

Zu guter Letzt betrat Sozialdezernentin Petra Broistedt als Retterin die Ratsbühne. Sie machte Hoffnung, wie es im Märchen üblich ist. Man lasse die Menschen nicht im Stich, sei längst mit der Adler/ADO im Gespräch und fordere eine Fristverlängerung, sowie die Beratung der Mieter\*innen. Auch im Nachbarschaftszentrum Grone soll Rechtsberatung stattfinden. Seltsam: Noch vor Monaten hat die Verwaltung die Möglichkeit der Rechtsberatung im Nachbarschaftszentrum verneint. Stattdessen wurde ein Projekt finanziert, dass Mieterinitiativen koordinieren soll. Jetzt soll dieses Projekt doch die Mieter\*innen beraten? Alles sehr verwirrend.

Frau Broistedt hat jedenfalls in der Ratssitzung wieder mal bewiesen, wie gut sie darin ist, die Verwaltung immer im besten Licht erscheinen zu lassen. Trotz aller Widersprüche.

Immerhin hat die Adler/ADO Tage nach der Ratssitzung die Mieter\*innen tatsächlich über eine vierwöchige Fristverlängerung informiert. Einen kleiner Erfolg? Leider nur ein Aufschub. Es ist sehr fraglich, ob Mieter\*innen es überhaupt schaffen, per Härtefallantrag ihre Mieterhöhung abzumildern. Und im Rat sowie außerparlamentarisch wird die GölLinke/ALG weiter kämpfen müssen.

bsa

Wähler\*innengemeinschaft

**Göttinger Linke**  
 im Rat der Stadt Göttingen

# Ratsinfo

Juni 2020



## Sonderausschuss für außergewöhnliche Ereignisse einrichten.

*Das war der Titel eines Antrages von uns auf der letzten Ratssitzung am 15.Mai. Wir dokumentieren ihn hier:*

Der Rat der Stadt Göttingen richtet einen bei Bedarf aktivierbaren „Ausschuss für außergewöhnliche Ereignisse“ ein. Der Ausschuss dient als Scharnier zwischen dem „Stab für außergewöhnliche Ereignisse“ und den politischen Gremien. Der Ausschuss setzt sich aus jeweils einem Mitglied der Ratsfraktionen, –Gruppen und Einzelvertretungen, sowie den Spitzen der Verwaltung zusammen. Der Ausschuss für außergewöhnliche Ereignisse tritt zusammen, sobald der „Stab für außergewöhnliche Ereignisse“ zusammentritt. Er tagt einmal wöchentlich. Die Sitzungen werden auf Video aufgezeichnet oder protokolliert und allen Ratsmitgliedern zur Verfügung gestellt, die „Ergebnisse“ können veröffentlicht werden. Die Mitglieder des „Sonderausschusses“ können an den Sitzungen des „Stabs“ teilnehmen, haben jedoch kein Rederecht.

Begründung: Seit Ausbruch der Corona-Pandemie in Deutschland arbeiten viele Branchen und Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, auch die politischen Gremien der Stadt Göttingen, in stark veränderter Form. Politische Entscheidungen sind aufgrund der notwendigen Eile zunächst auf den „Stab für außergewöhnliche Ereignisse“ übertragen worden. Es ist den Ratsmitgliedern, ihren Fraktionen und Gruppen und den Ausschüssen der Stadt Göttingen kaum möglich, Einfluss auf die politischen Entscheidungen in unserer Stadt auszuüben. In der zum Ausbruch der Corona-Krise notwendigen Eile ist die Einrichtung dieses „Stabs“ angemessen gewesen. Inzwischen wurde aber auch von der Verwaltungsseite erkannt, dass diese einseitige Fixierung auf den Stab nicht gesund ist. Darum wurde Anfang April damit begonnen, Videokonferenzen mit den Fraktionsvorsitzenden und Teilen der Chefetage der Verwaltung einzurichten. Leider hakte es dabei doch immer wieder an der Technik und die personelle Zusammensetzung war auch nicht immer befriedigend. Aufzeichnungen der Sitzungen waren aus technischen Gründen nicht möglich, da sollte also schleunigst jetzt Abhilfe geschaffen werden. Doch der eigentliche Sinn dieses Sonderausschusses ist: die ständige Information der Kommunalpolitiker über die Maßnahmen und Anordnungen, um mögliche Veränderungen und Anregungen in die Diskussion des Stabes einbringen zu können um somit eine maximale Transparenz der Entscheidungsfindung zu erreichen. – Ende des Antrags

Erschreckend in der Aussprache über den Antrag für uns war, wie wenig politisch SPD und CDU mit solchen Anträgen umgehen können. Ihre Argumentation war rein formal und juristisch. Sie konnten den beantragten Ausschuss nur in derselben Liga sehen wie jeden anderen Ausschuss auch, also mit den ganzen Formalien und Vorschriften. Und weil in der niedersächsischen Kommunalverfassung ein solcher Ausschuss nicht vorgesehen ist, hat er schon keinen Platz mehr im Kopf. Das ist das eigentlich Erschreckende an diesen Altparteien: sie sind nicht weiser geworden, sie sind nur alt geworden, mit all seinen Nebenwirkungen. Dabei wissen wir aus den Reihen der SPD, dass es sehr wohl auch Unruhe innerhalb der Partei gab, über die Machtkonzentration innerhalb der Verwaltung. Darum wurden ja diese mehr oder weniger missglückten Videokonferenzen eingerichtet, obwohl die niedersächsische Kommunalverfassung keine solch chaotischen Videokonferenzen vorsieht. Von Seiten der großen Politik hören wir immer noch und immer wieder, dass wir uns auf ein Leben mit Corona einstellen müssen und möglicherweise auch wieder ein Lock-down ausgerufen wird. Und was machen wir dann? Haben wir gelernt wie wir als Politik damit umgehen wollen? Wieder das gleiche Chaos? Wieder diese widersprüchlichen Ansagen aus Politik und Wissenschaft? Und glaubt der Verwaltungsapparat ernsthaft, dass die Menschen alles noch einmal so geduldig und fast widerspruchslos erdulden werden? Wenn wir aus den gemachten Erfahrungen nichts lernen wollen, dann können wir so weitermachen, sollten uns aber über den Verdruss in der Bevölkerung nicht wundern.

## Kontaktdaten

**Fraktion Göttinger Linke  
im Rat der Stadt Göttingen**  
 Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)  
 Hiroshimaplatz 1-4  
 37083 Göttingen  
 Telefon: 0551- 400 2347

[goeLinke-  
Ratsfraktion@goettingen.de](http://goeLinke-<br/>Ratsfraktion@goettingen.de)

**Fraktionsmitarbeiter:**  
 Udo Trost

### Öffnungszeiten des Büros:

Mo: 9:00 – 12:30 Uhr  
 Di: 13:00 - 17:00 Uhr  
 Mi: 14:00 – 17:00 Uhr  
 Do: 13:00 – 17:00 Uhr

# ▶ Demokratischer Protest ist nicht nur im Internet möglich!



Am 29. April versammelten sich etwa 30 Menschen am Gänseliesel, um gegen die **Anschaffung von atombombentragenden Kampffjets durch die Bundesregierung** zu protestieren.

## Der (leider fast nur) digitale 1. Mai des DGB:

Der Lifestream dauerte über drei Stunden und wurde nacheinander von den einzelnen Bezirken mit unterschiedlichen Schwerpunkten und eigenen Beiträgen mit Leben gefüllt. Life war es jedoch in keinster Weise, weil die Beiträge vorher aufgenommen wurden. Zwischendrin hielten verschiedene „Würdenträger\*innen“ der Parteien unterschiedlicher Couleur, außer der AFD, Reden; im Wesentlichen zur aktuellen wirtschaftlichen

Corona- Situation und zum Zustand des Gesundheitssystem. Das war manchmal schwer zu ertragen, wenn z. B. AKK als Verteidigungsministerin sprach.

Zwischendrin gab es auch gute musikalische Einlagen von Künstlern und in der Mehrzahl Künstlerinnen, z. B. Dota Kehr. Die Moderation war auch sehr gut gemacht, viele gewerkschaftliche Größen wurden interviewt. Insgesamt



ein langatmiges jedoch vielfältiges und in weiten Teilen interessantes Programm, welches man auf der DGB- homepage noch sehen kann.



## Der 8. Mai – 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

Bis zu 120 Menschen kamen an diesem 8. Mai zu der inzwischen traditionellen Gedenkstunde zum Mahnmahl für die Ermordeten aus dem antifaschistischen Widerstand an der Stadtbücherei.

Drei Redner beleuchteten Facetten dieses Widerstandes und viele Menschen legten Blumen und Gebinde vor dem Mahnmahl ab. Besonders ergreifend war das Geigenspiel einer Mutter und ihrer Tochter, als diese Bella Ciao und die Moorsoldaten spielten

Am 19. Mai kamen rd. 40 Menschen zur Kundgebung des Göttinger Friedensforums (GFF) zum Markt, das über die **Neubewaffnung der Bundeswehr mit us-amerikanischen Kampffjets** auf Initiative der Verteidigungsministerin Kamp-Knarrenbauer informierte.

Ziel dieser Bewaffnung ist der Zugriff auf die in der Bundesrepublik stationierten 20 US-Atombomben im Kriegsfall. Pastor (i.R.) Kusche schilderte in einem engagierten Redebeitrag den – auch rechtsstaatlichen – Konflikt, der damit einhergeht. Er erinnerte in seinem Beitrag noch einmal an den vor 10 Jahren fraktionsübergreifend gefassten

Beschluss des Bundestages, diese Atomwaffen aus der BRD abzuziehen.

Ecki Stedeler vom Koordinierungskreis des GFF berichtete über die Reaktionen der Göttinger Bundestagsabgeordneten auf einen Brief des GFF zur Meinung der Anschaffung von Drohnen: Trittin (Grüne) und Perli (Die Linke) sprachen sich eindeutig gegen eine Anschaffung derartiger Kriegsgeweräte aus. Oppermann (SPD) benannte den Koalitionsvertrag zw. SPD und CDU, dass „Autonome Waffensysteme, die der Verfügung des Menschen entzogen sind“, abzulehnen sind. Einzig Günzler (CDU) hält die Anschaffung von Dohnen für richtig (Kuhle, FDP, hat erst gar nicht geantwortet).

## Mahnwache gegen Neubewaffnung

